

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. stb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die vierte Auflage der Nr. 178 ist im Laufe des gestrigen Tages unbeanstandet ausgegeben und versandt worden.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Anseilung nach stenograph. Aufzeichnung.)
(Fortsetzung.)

M. H.! In dem nunmehr folgenden zweiten Theile meines Vortrages habe ich Ihnen zu zeigen, welche Mittel unsere Partei zur Anbahnung des social-demokratischen Staates vorschlägt. Es ist jedoch nöthig, daß ich vor Eingehen auf die Sache selbst zunächst in kurzem Ueberblick die Mittel betrachte, welche die Bourgeois-Oekonomie zum Zwecke der Hebung der arbeitenden Klassen vorschlägt.

Wir hören zunächst bei Agitationen, welche von den Führern der Bourgeoispartei ausgehen, von Invaliden-, Kranken- und dergl. Kassen. Allein ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Dinge nicht hierhergehören; denn während die zu lösende Aufgabe darauf hinausläuft, wie die arbeitende Klasse überhaupt und im Ganzen zu heben sei, bezwecken die Kassen der bezeichneten Art eine Vinderung für solche Personen, welche durch irgend welche Verhältnisse oder Zufälle noch unter die regelmäßige und gewöhnliche Lage eines Arbeiters heruntergesunken sind.

Wenn wir nun aber diejenigen Mittel betrachten, welche innerhalb der jetzigen volkswirtschaftlichen Verhältnisse sich bewegend, darauf hinausgehen, die Lage der arbeitenden Klassen zu heben, so stoßen wir zunächst auf die Consumvereine.

Die Consumvereine, m. H., können ohne Zweifel bei guter Leitung, unter günstigen Verhältnissen, in beschränkten Kreisen manches Gute wirken; zu einer Hebung der Lage der arbeitenden Klasse aber sind die Consumvereine schlechterdings unfähig und zwar aus folgendem Grunde. Es liegt in den jetzigen volkswirtschaftlichen Verhältnissen unter der Herrschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage begründet, daß der Arbeitslohn durchschnittlich auf die zum Lebensunterhalt durchaus nothwendigen Mittel beschränkt bleibt. Würden nun die Consumvereine allgemein werden und es gelänge demnach der arbeitenden Klasse im Großen und Ganzen, ihre Lebensmittel wohlfeiler einzukaufen, so würde das Kapital erkennen, daß nunmehr ein geringerer Lohnsatz ausreichen würde, die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse zu decken (Bravo! Sehr richtig! Sehr wahr!) und es würde dahin kommen, daß um ebensoviel als Sie im Allgemeinen Ihre Lebensmittel wohlfeiler einkaufen könnten, um ebensoviel Ihr Lohn herab-

gedrückt würde. (Sehr richtig!) Die Consumvereine verflören also gerade von dem Zeitpunkt an ihre Wirkung, wo sie allgemein würden.

Weiter, m. H., hat man vorgeschlagen: Rohstoff- und Credit-Vereine. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß diese Vereine nicht auf die Arbeiter im engeren Sinne, sondern auf die kleinen Handwerker berechnet sind. Nun liegt es aber im Zuge der Zeit, daß immer mehr das große Kapital das kleine aufsaugt, somit die kleinen Handwerker immer mehr unmöglich werden. Der Vortheil jener Vereine könnte also lediglich darin bestehen: Diesem oder Jenem den Eintritt in eine Klasse zu ermöglichen, welche selbst bereits unrettbar dem Untergange verfallen ist.

bleiben also noch die Productiv-Associationen mit Selbsthilfe. M. H.! Zu Productiv-Associationen gehört Geld! Wo aber soll das Geld herkommen? Man sagt, durch Sparen. Nun weiß ich zwar nicht genau, wie viel Sie bei äußerster Anstrengung und unausgesetzter Entbehrung zu sparen vermögen, so viel aber weiß ich, daß, wenn Sie tausend Mann stark sind und unter Opfern und Entbehrungen jeder Art, bis zu Krankheit und Entkräftung vielleicht, Ihr ganzes langes Leben hindurch unablässig sparen, Sie am Ende dieses Lebens nicht so viel beisammen haben, als nöthig sein würde, um eine Fabrik zu gründen, in welcher tausend Mann Beschäftigung finden könnten. Aber, — so könnte Einer sagen, — es würden sich schon einzelne liberale Fabrikanten oder sonstige Geldmänner finden, die uns auf Veranlassung dieses oder jenes Mitgliedes der liberalen Partei zu Hilfe kämen und Gelder borgten. Ja, m. H., die Selbsthilfe, die so sehr betont wird, hört hier auf. Wenn es einmal darauf ankömmt, Gelder sonst woher zu nehmen, dann steht die Sache auf einem andern Felde, dann haben wir auch unsere Vorschläge.

Also auch Productiv-Associationen können nicht zum Ziele führen, weil die Bedingung der Productiv-Association, das Kapital, fehlt.

Wie nun in aller Welt wollen Sie es machen, das auf Ihnen lastende Joch des Kapitals durch „Selbsthilfe“ zu brechen? Wollen Sie es etwa probiren mit Arbeitseinstellungen zum Zwecke der Lohn-erhöhung? Der Lohn, — darin hat die Bourgeoischule ganz recht — bestimmt sich nach unwandelbaren Gesetzen, und niemals, niemals werden Sie es durch irgend welche künstliche Mittel dahin bringen, etwas Erhebliches in den Lohnverhältnissen zu ändern. Denken Sie Sich wiederum tausend Mann, die in einer Fabrik beschäftigt sind. Diese Leute haben jahrelang gesparrt, und treten nun zusammen, um durch eine gemeinsame Arbeitseinstellung den Fabrikherrn zu höheren Löhnen zu bringen. Nun bitte ich Sie zunächst zu bedenken, daß Arbeitskräfte von außen herangezogen werden können. Freilich können Sie mir hier entgegenen: „Der Geist

der Brüderlichkeit, das Klassenbewußtsein unter den Arbeitern muß so mächtig sein, daß bei einer Arbeitseinstellung Zufluß von außen unmöglich ist.“ Ganz gut, aber bedenken Sie, daß dann die tausend Mann aus eben diesem Grunde, durch dasselbe Gefühl der Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit, welches die auswärtigen Kräfte abhält heran zu strömen, gezwungen wären, nunmehr auch nicht in anderen Fabriken ihre Arbeitskraft anzubieten und dadurch die Löhne ihrer Brüder herunter zu drücken. Nur um diesen Preis wäre das Zurücken auswärtiger Arbeitskräfte abgeschnitten. Es bleibt also den Tausend nichts übrig, als von ihrem Ersparnissen einstweilen zu leben, ohne zu arbeiten. Nun kann freilich dem Fabrikherrn dadurch, daß Alles still steht, ein bedeutender Schaden erwachsen, aber er würde berechnen, daß er immer noch besser thäte, eine zeitweilige Einbuße zu erleiden, als auf die Länge hinaus höhere Löhne zu zahlen. Aber freilich: die Arbeiterklasse, so sagt sich vielleicht mancher, kann sich, wenn einmal ein freierlicher Zustand besteht, und alle hindernden Bestimmungen aufgehoben sind, einheitlich im Großen organisiren, so daß hinter jeder Arbeitseinstellung die Gesamtheit steht. Wirklich? Glauben Sie, m. H., daß auf diesem Wege etwas anzurichten sei! Durch die letzten Arbeitseinstellungen in Deutschland wurde gewissermaßen das Capital über rascht, weil bei uns die Sache neu ist. Wenn einmal die Arbeitseinstellungen zum Zwecke der Lohn-erhöhung ernst werden und sich in zusammenhängender und organisirter Weise über ganze Gegenden erstrecken, so wird ebenso, wie die Arbeit gegen das Kapital sich organisirt, so auch das Kapital gegen die Arbeit sich organisiren. In England ist dies längst der Fall und Sie mögen selbst ermessen, wer es am längsten auszuhalten vermag, wenn, wie ja auch das Beispiel Englands zeigt, das Capital planmäßig und organisirtermaßen darauf ausgeht, die widerspenstigen Arbeiter auszuhungern. Nicht der einzelne Fabrikherr trägt dann den Schaden einer Arbeitseinstellung, die ihn betrifft, die Klasse der Capitalbesitzenden trägt ihn, und was vermögen beschloßene Arbeiter mit ihren geringen Ersparnissen der unwiderstehlichen Macht dieses einheitlich zusammen gefaßten Kapital gegenüber auszurichten?

Kurz und gut, m. H., Sie werden da und dort einen kleinen Vortheil erringen können, — in der Hauptsache aber, die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse im Großen und Ganzen betreffend — werden Sie — Sie mögen Sich anstellen wie Sie wollen — niemals etwas auszurichten vermögen, weil durch keinerlei Mittel, durch keinerlei Zusammenwirken die Beschloßenen gegen die ungeheure Macht des industriellen Großkapitals aufkommen können. Ihr Loos ist es und bleibt es, unter den jetzigen Verhältnissen, gegen einen geringen Lohn, welcher gerade des Lebens Nothdurst bestreitet, im Dienste und zu Gunsten des

Capitals zu arbeiten, und jeder Versuch, innerhalb des bestehenden Verhältnisses den gerade auf diesem Verhältniß beruhenden Sachverhalt aufzuheben, ist vergeblich.

Keines der vorgeschlagenen Mittel verfährt — keines kann versagen: die „Selbsthülfe“ des Besitzlosen gegen den Großkapitalisten, des Unbewaffneten gegen den Bewaffneten ist ein Truggebilde, eine Unmöglichkeit.

(Fortsetzung folgt.)

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 27. Oct. [Zur Drohnotengeschichte] ist man in Wien unzufrieden darüber, daß der Frankfurter Senat in seiner Antwort beide Droher über Einen Kamm geschworen hat, während man von Wien aus doch zarter aufgetreten war, als von Berlin aus, und daher auf etwas größere Freundlichkeit Anspruch zu haben glaubte. Aber der Frankfurter Senat hat ganz Recht gehabt: eine kräftige Zurückweisung hatten beide verdient; auf etwas mehr oder weniger in den Notizen kam es durchaus nicht an, sondern darauf, daß die beiden Regierungen in Frankfurt nicht mehr zu suchen haben, wie in Paris oder London. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß dem österreichischen und preussischen Particularismus gegenüber die Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten im vollsten Maße gewahrt werde. Das Volk in Berlin, Wien und Frankfurt gehört zusammen, denn überall ist ja deutsches Volk; die Regierungen von Berlin und Wien aber haben in Frankfurt, Dresden, München u. s. w. um kein Haar mehr zu suchen, als etwa die Regierungen Frankreich's, Rußland's oder China's.

Man berichtet aus Frankfurt a. M., 23. Oct., daß die Geschäftscommission des Sechsendreißiger-Ausschusses Maßregeln beschlossen hat, welche bezwecken, die „Octoberbeschlüsse des Abgeordnetentages zur Ausführung zu bringen und die Organisation für Gesamtdeutschland neu zu beleben und zu erweitern.“ Dies hat wenigstens, obschon nicht viel dabei herauskommen wird, das Erfreuliche, ein Zeichen dafür zu sein, daß man sich nicht einschüchtern läßt.

Aus Wien erhält die „Bank-Ztg.“ folgende Nachricht: „Der französische Botschafter hat sich hier der delikaten Mission zu entledigen gehabt, auf dem Wege der vertraulichen Unterhaltung eine Art moralischer Intervention zu Gunsten der freien Stadt Frankfurt zu versuchen. Diesseits ist jedes Eingehen auf dieses lediglich dem Gebiete der deutschen Fragen angehörende Thema sehr verbindlich, aber auch sehr entschieden abgelehnt worden.“ — Ob in Berlin ein gleicher Versuch von der französischen Diplomatie unternommen worden, weiß das Blatt nicht. — Die Nachricht ist überhaupt nicht wahrscheinlich; wüßten aber dürste man sich freilich nicht, wenn es die Regierungen der beiden Großmächte durch ihr Auftreten schließlich noch zu einer französischen Einmischung brächten. Das deutsche Volk aber darf sich durchaus nicht mit Frankreich drohen lassen. Nicht in Frankreich sitzen die Feinde deutscher Nation — eine französische Einmischung könnte sogar unter Umständen, obzwar anfänglich von Uebel, im Schlussergebniß für Deutschland sehr heilsam sein. Jedenfalls lasse man sich keine Angst vor den Franzosen machen; das Geschrei: „dem Erbfeind gegenüber muß aller innerer Hader ruhen“ ist nur der Ruf derjenigen, welche die Aufmerksamkeit von den inneren Fragen ablenken wollen.

— [Der „Nordd. Allg. Zeitung“] wird mit vollständigem Recht aus Frankfurt geschrieben: Viel eicht haben Sie bis heute in dem Glauben gelebt, daß Preußen ein deutsches Land, Berlin eine deutsche Hauptstadt, daß Ihre Sprache, mithin auch Ihre Zeitung eine deutsche sei. Sollte Ihnen dieser Glaube von einem gewissen Werth gewesen sein, so würde es mich schmerzlich bekümmern, Ihnen sagen zu müssen, daß Sie bisher in einem großen Irrthum besangenen gewesen sind. Mein Gewährsmann ist das „Deutsche Wochenblatt“, welches in seiner neuesten Nummer, und

zwar in dem Artikel „Nachtträgliche Glossen zum Abgeordnetentage“ wörtlich folgendes enthält:

„Wenn das Vaterland in Gefahr ist, wenn der deutsche Geist, der erst die Nation zur Nation macht, von den norddeutschen Slaven gebeugt und niedergedrückt wird, dann müssen alle inneren Zwistigkeiten zwischen den Regierungen und den Volksvertretungen (der Kleinstaaten) schweigen.“

Und ferner: „Die preussischen Abgeordneten schweigen mehr und mehr von ihren inneren Zwistigkeiten mit ihrer Regierung und scharen sich fest um Bismarck und das annexionslüstige slavische Junkertum.“

Ganz abgesehen von der Phraseologie, ist die Thatsache bemerkenswerth, daß der bisherige deutsche Großstaat Preußen, incl. Rheinland und Westphalen, seit dem „Deutschen Wochenblatt“ plötzlich unter die Slaven gegangen ist.

Die Redaction des „deutschen Wochenblattes“, eines Blattes, welches eine deutsche Partei vertreten will, mußte in der That gänzlich den Kopf verloren haben, als sie die gerügte Athernheit in ihre Spalten aufnahm. Diese lächerliche Geschichte vom Slaventhum in Preußen ist ein Stiefkinder des erbärmlichen Preußenhasses bornirter kleinstaatlich-fürstenthümlicher Particularisten und schwarz-gelber Pfaffenknechte. Daß aber ein Blatt, welches auf die Eigenschaft eines demokratischen, für ein einheitliches Deutschland kämpfenden, Anspruch macht, dazu beiträgt, jene erbärmliche Verkleinerung eines deutschen Volkstammes weiter zu tragen, verdient eine sehr herbe Rüge.

— [Aus den Herzogthümern], Kiel, 26. Oct., berichtet man: Das „Verordnungsblatt für Holstein“ veröffentlicht das Ergebniß der Finanzverwaltung des Herzogthums für das Jahr vom 1. April 1864 bis 31. März 1865. Die Einnahmen überstiegen den Voranschlag um 680,652, die Ausgaben betragen 1,430,239 Mark Crt. weniger als der Voranschlag. Die Summe des Ueberschusses beläuft sich auf 3,160,024 Mark Crt.

— [Die Existenz einer dritten französischen Note] über den Gasteiner Vertrag wird in Abrede gestellt.

— [Zu den Anklagen gegen den „Social-Demokrat“.] Der Termin, welcher heute zu öffentlicher Verhandlung anstand, ist auf den 22. Nov. vertagt worden. — Weitere drei Anklagen sind erhoben wegen der Nummern 155, 155a und 166, darunter eine wegen Majestätsbeleidigung.

[Die Untersuchungen gegen die Abgeordneten Twesten und Freyhel.] Dem Vernehmen nach hat das hiesige Stadigericht den von dem Staatsanwalt gestellten Antrag, den Abg. Twesten wegen von dem letzteren im Abgeordnetenhause gethanen Äußerungen zur Unteruchung zu ziehen, als nach den Bestimmungen der Verfassung unzulässig abgelehnt, und eine von dem Staatsanwalt an das Kammergericht deshalb eingelegte Berufung hat keinen besseren Erfolg gehabt. Jetzt liegt, wie man hört, die Sache dem Obertribunal zur Entscheidung vor. Der Antrag, den Abg. Freyhel, gleichfalls einer im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede wegen, zur Unteruchung zu ziehen ist, wie man uns versichert, in gleicher Weise von dem betreffenden Kreisgerichte und in zweiter Instanz von dem Appellationsgerichte in Innsbruck zurückgewiesen worden und jetzt auch zur Entscheidung des Obertribunals gestellt.

* Wien, 25. Oct. [Zur großen Staatsconfusion.] Die ungarische Wahlbewegung nimmt eine immer lebhaftere Färbung an, da es nur wenige Wochen noch bis zu dem eigentlichen Wahlact ist. In Pesth kämpft die Partei Gorove's, eines Anhängers Deak's, mit der Partei eines der aufgetretenen Candidaten von radikalerem Bekenntniß, der seinen ursprünglichen deutschen Namen Schwarz in Schwarz magyarisiert hat, mit großer Erbitterung. Die officiellen Blätter wie die „Abendpost“ sind mit dem Verlauf der Wahlbewegung im Ganzen nur mäßig zufrieden, allein sie trösten sich damit, daß dieselbe doch einen ausgesprochenen dynastischen Charakter trage. In allen Wahlversammlungen sei der Ausdruck des aufrichtigen, alle Schichten der Bevölkerung durchdringenden dankbaren Strebens für die Wachtstellung des Kaisers wahrnehmbar. Und so werde die dynastische Treue Ungarns die Brücke sein, die mittelbar zur Konsolidirung der Reichsinteressen der Monarchie führen werde. Wer's glaubt! — Der Kaiser wird den ungarischen Landtag in Person eröffnen und, wie es heißt, mit der Kaiserin bis zum Ende des Faschings in Ofen residiren. Eine der ersten Vorla-

gen an den ungarischen Landtag würde ein Krönungsdiplom sein, nach dessen Annahme die Salbung vor sich gehen könnte. — Der „Bresl. Ztg.“ hingegen wird telegraphirt: „Die Reise des Kaisers nach Pesth beufuß der Eröffnung des Landtags unterbleibt, weil es kein Beispiel der Geschichte giebt, daß der König einen über die Krönung beratenden Landtag eröffnet hätte.“

Kassel, 26. Oct. [Zur kleinen Staatsconfusion.] Die „Kasseler Morgenzeitung“ meldet, die Vorstände der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz, Abbé und Pfeiffer, haben anläßlich der amtlich bestätigten Entlassung des Finanzministers ihre eigene Entlassung gefordert. Der Regierungsdirektor Harbordt hat gebeten, ihn von der provisorischen Leitung des Ministeriums des Innern zu entbinden. Oberfinanzrath Fedderhose hat heute Vormittag die provisorische Uebernahme des Finanzministeriums abgelehnt. Heute Nachmittag hat derselbe sich entschlossen, die ihm angetragene Leitung des Finanzministeriums zu übernehmen und den Revers zur Aufrechterhaltung der Verfassung dem permanenten landesständischen Ausschusse im Ständehause eingereicht.

Ausland.

H. Paris, 24. Oct. [Der internationale Congress der Studenten. Ursache der Abwanderung Merode's. Ultramontane geheime Umtriebe. Die Kammerwahlen in Italien.] Der nächster Tage in Lüttich stattfindende Congress der studirenden Jugend von ganz Europa, für welchen sich schon Tausende von Theilnehmern aus Frankreich, der Schweiz, Deutschland und den österreichischen Staaten gemeldet haben, macht der hiesigen Regierung einige Besorgniß und erregt in hohem Grade das Interesse der hiesigen Demokraten, Republikaner und Socialisten. Nicht etwa, daß es sich dabei um eine Verschwörung handelte; die Debatten werden öffentlich sein, und man wird nur Fragen diskutieren, welche auf die Erziehung und den Unterricht Bezug haben. Aber diese Fragen werden genug Gelegenheit bieten, sich über jene allgemeinen Principien zu verständigen, über welche ohnehin schon ganz Europa einig ist, mit Ausnahme einer kleinen Klasse von Privilegirten und einigen Ignoranten, die bei hellem Tageslichte nichts sehen aus angeborner Blindheit. Dagegen ist die studirende Jugend, wie die arbeitende Klasse, die Trägerin der „mit der Zukunft schwangeren Gegenwart“, und Niemand täuscht sich mehr über das, was sie in ihrem Schooße birgt, selbst jene Staatsmänner nicht, die heute das Interesse der bestehenden Mächte vertreten. Auch sie wissen recht gut, daß die uns aus der Vergangenheit überkommenen politischen und socialen Zustände nur noch ein Provisorium sind, welches höchstens um eine kurze Spanne Zeit verlängert werden kann. Und selbst diese Zeit ist nicht verloren, denn sie dient zur bessern Vorbereitung auf den kommenden definitiven gesellschaftlichen Zustand Europa's. Ist es kein merkwürdiges Zeichen der Zeit, daß heute schon öffentlich proklamirt wird, was man vor noch nicht langer Zeit nur in geheimen Gesellschaften auszusprechen wagte? — Ein demokratisches hiesiges Journal, der „Avenir“, veröffentlicht heute die Anekdote eines Professors an die nach Lüttich gehenden französischen Studenten: „Vor wenigen Jahren“, sagte er, „war es noch Mode, von der Gleichgültigkeit der Jugend für die Fragen von allgemeinem Interesse zu sprechen. Man hat gesagt, sie denke nur daran, sich eine rabige Position zu verschaffen. Schon seit den letzten zwei Jahren hört man weniger diese Behauptung. Man wird nichts mehr davon hören nach Ihrem Congress. Ich wünsche, ich hoffe, daß Ihre Berathungen fruchtbar sein werden an neuen Resultaten und an praktischen unmittelbaren Consequenzen. Nichtsdestoweniger ist es nicht dieses, was mich am Meisten interessiert. Daß aber junge Leute aus allen europäischen Ländern sich vereinigen, ihre Ideen austauschen, neue Bande gegenseitiger Sympathien anknüpfen, und in ihre Heimath zurückkehren werden mit der Ueberzeugung, daß die Freiheit überall muthige, entschlossene Freunde hat, eine Ueberzeugung, die sie ihrer ganzen Umgebung mittheilen werden, das ist